

2011

Herausgeber:

Forum Menschenrechte e.V.
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Redaktion:

Beate Ziegler

Materialien Nr. 39

JAHRESBERICHT FORUM MENSCHENRECHTE 2011

[

INHALT

Inhalt	1
Verzeichnis der wichtigsten Abkürzungen.....	2
Zielsetzungen und Arbeitsweise des „FORUM MENSCHENRECHTE“	3
Bilanzierender Rückblick auf 2011	5
Aktivitäten 2011	7
Publikationen.....	7
Politische Gespräche.....	8
Veranstaltungen / Konferenzen / Workshops / Fachgespräche	8
Interne Veranstaltungen.....	8
Berichte der Arbeitsgruppen.....	9
AG Antirassismus.....	9
AG Entwicklung/Wirtschaft und Menschenrechte	10
AG Frauenrechte.....	12
AG Innen	14
AG Kinderrechte	15
AG Menschenrechtsbildung.....	17
Ag Religionsfreiheit (neu)	18
AG Außen/UN-MRR	18
Weiterarbeit in 2012	20
ANHANG: Mitgliedsorganisationen 2011.....	21

VERZEICHNIS DER WICHTIGSTEN ABKÜRZUNGEN

AA	Auswärtiges Amt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium Für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BRK	Behindertenrechtskonvention (UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen)
CAT	Convention Against Torture and Other, Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment bzw. Committee Against Torture (UN-Antifolterkonvention bzw. UN-Fachausschuss gegen Folter)
CEDAW	Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)
CERD	Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination – (Übereinkommen zur Beseitigung von rassistischer Diskriminierung)
CPT	European Convention for the Prevention of Torture and Inhuman and Degrading Treatment or Punishment bzw. European Committee for the Prevention of Torture... (Europäische Anti-Folter-Konvention bzw. Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter – beim Europarat angesiedelt)
ECRI	European Commission Against Racism and Intolerance (Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz – beim Europarat angesiedelt)
ICC/ IStGH	International Criminal Court/ Internationaler Strafgerichtshof
MRR	Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen
OECD	Organisation for economic cooperation and development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights (Büro der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (Hohe® FlüchtlingskommissarIn der Vereinten Nationen)
UPR	Universal Periodic Review (regelmäßige Überprüfung der Menschenrechtssituation in den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen durch den UN-Menschenrechtsrat)
WSK-Rechte	Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte

ZIELSETZUNGEN UND ARBEITSWEISE DES „FORUM MENSCHENRECHTE“

Das FORUM MENSCHENRECHTE (FMR) hat sich am 12.01.1994 anlässlich der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 und auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGNV) als Zusammenschluss von bundesweit bzw. überregional arbeitenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Institutionen und kirchlichen Werken des Menschenrechtsbereichs in Deutschland konstituiert. Das FMR setzt sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz weltweit, in einzelnen Weltregionen, Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland ein.

Das FMR dient u.a.

- der kritischen Begleitung der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages auf nationaler und internationaler Ebene sowie der Arbeit deutscher ExpertInnen in internationalen Menschenrechtsinstrumenten;
- der Durchführung gemeinsamer Vorhaben zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes in unserem Land und durch unser Land;
- der Unterstützung der Bewusstseinsbildung in Deutschland über Universalität und Komplexität der Menschenrechte.

Durch gemeinsame Lobbyaktivitäten, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit sollen diese Ziele erreicht werden. Für aktuelle Themenschwerpunkte werden bei Bedarf zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen - sogenannte ad hoc-AGs - eingerichtet.

Auf regelmäßig stattfindenden Plenumssitzungen werden grundlegende Entscheidungen über die Arbeit des FMR getroffen. Ein für zwei Jahre gewählter Koordinationskreis bereitet die Sitzungen vor und nach, sorgt für den Informationsfluss zwischen Plenum, Arbeitsgruppen und Geschäftsstelle und ist für die Außenwirkung des FMR verantwortlich.

Im Koordinationskreis waren 2011 folgende Mitgliedsorganisationen vertreten:

- Amnesty International (Dr. Monika Lücke)
- Deutscher Frauenrat (Henny Engels),
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Dr. Beate Wagner)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax (Dr. Daniel Legutke),
- Humanistische Union (Sven Lüders),
- Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í (Peter Amsler),
- PRO ASYL (Günter Burkhardt)
- Vereinte Evangelische Mission (Dr. Jochen Motte).

Das FMR verfügt über eine Geschäftsstelle in Berlin .Seit 2008 verschickt diese einen wöchentlichen internen Newsletter für die Forumsmitglieder (Forumswoche).

Das FMR entsendet einen Beobachter zum UN-Menschenrechtsrat nach Genf. 2011 wurde diese Aufgabe von Dr. Theodor Rathgeber wahrgenommen.

Im Jahr 2011 zählte das FMR insgesamt 48 Mitgliedsorganisationen (+ zwei Gäste) (vgl. Liste der Mitgliedsorganisationen im Anhang).

BILANZIERENDER RÜCKBLICK DES KO-KREISES AUF 2011

Nach 2 Jahren Schwarz-Gelb endet im Januar 2012 die derzeitige Legislaturperiode des Ko-Kreises. Eines der Hauptprojekte, die die Arbeit der Geschäftsstelle, des Ko-Kreises und der AGs 2011 geprägt haben, war die Erstellung der menschenrechtlichen Halbzeitbilanz dieser Regierung unter dem Titel "Für eine transparente und glaubwürdige Menschenrechtspolitik", die in einer Pressekonferenz am 8.12.2011 in Berlin vorgestellt wurde. In die Bilanz sind die sachkundige Expertise und relevante Positionen zu Menschenrechtsfragen eingeflossen, die Vertreter und Vertreterinnen fast aller Mitgliedsorganisationen in den Diskussionsprozess des Forums eingebracht haben.

Die Bilanz spiegelt in konzentrierter Form eines der Grundanliegen des Forums, die seit Gründung vor bald 20 Jahren bis heute die Wahrnehmung dieses Zusammenschlusses von um die 50 sehr unterschiedlichen Organisationen der Zivilgesellschaft prägt. Im Eintreten für Menschenrechte bedarf es in der Regel spezieller Kenntnisse und Spezialisierungen, um konkrete Anliegen anzusprechen und Veränderungen zu bewirken. Alle im Forum vertretenen Organisationen verfügen über derartige Expertise zu unterschiedlichsten menschenrechtlichen Problemfeldern - oft in direktem Kontakt mit Opfern von Menschenrechtsverletzungen.

Im Eintreten für Menschenrechte gegenüber Politik und Öffentlichkeit geht es aber nicht nur darum, einzelne berechnete Anliegen anzusprechen. Menschenrechte müssen auch im Ganzen vertreten und eingefordert werden. Nur so gewinnt die immer wieder vom Forum Menschenrechte von der Politik geforderte Kohärenz und Konsistenz im Eintreten für Menschenrechte an Relevanz. Durch den Zusammenschluss und das gemeinsame Auftreten der Mitglieder im Forum Menschenrechte wird gegenüber Politik und interessierter Öffentlichkeit zum Ausdruck gebracht, was es heißt, Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte in allen Bereichen der Politik im Inneren wie nach außen zu vertreten, bürgerliche und politische Rechte wie auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Deutschland und in anderen Regionen der Welt einzufordern.

Dass das Forum zuweilen auch von Seiten der Politik als repräsentativ für Anliegen der Zivilgesellschaft in Deutschland wahrgenommen wird, zeigte die Einladung zur Kommentierung des 9. Menschenrechtsberichtes der Bundesregierung am 19.1.2011, wo das Forum neben dem DIMR mit fünf Vertretern und Vertreterinnen als Experten anwesend war.

In drei Ministergesprächen (Innenminister Friedrich, Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger und Außenminister Westerwelle) hat das Forum Grundanliegen der Menschenrechte zu den jeweiligen Politikfeldern vertreten (u. a. Ausländerrechtsfragen, Abschottungspolitik der EU gegenüber Flüchtlingen, Umsetzung UN-Kinderrechtskonvention, Bleiberecht, Rechtsstaatlichkeit, Straflosigkeit, Rüstungsexporte, Menschenrechte in der EU, Deutschlands Rolle im Weltsicherheitsrat). Auf Plenumssitzungen des Forum 2010 und 2011 haben wir Menschenrechtsanliegen mit dem Beauftragten der Bundesregierung im Auswärtigen Amt, Markus Löning, diskutiert. Pressemitteilungen bzw. Positionspapiere erschienen darüber hinaus zum Menschenrechtskonzept des BMZ, zu den OECD Leitlinien zur Menschenrechtsverantwortung der Wirtschaft, zur Herausgabe der Publikation Menschenrechte und frühkindliche Bildung und zum 11. September 2001.

Zudem wurden - wie die vorgelegten Berichte zeigen - in Verantwortung der jeweiligen Arbeitsgruppen, eine Reihe von Projekten und Veranstaltungen durchgeführt.

Auch nach innen hat das Forum, wie seit Beginn seines Bestehens, weitere Möglichkeiten geboten für Diskurs und Informationsaustausch, aber auch persönliches Kennenlernen von Akteuren in der Menschenrechtsarbeit. Neben Jahresklausur und Plenumsitzungen fand im Juli 2011 eine gemeinsame Reise nach Straßburg statt, auf Einladung der Abgeordneten und früheren Generalsekretärin von Amnesty International und Mitglied des Ko-Kreises, Barbara Lochbihler.

In den vergangenen Jahren hat das Forum Menschenrechte eine Reihe neuer Organisationen aufgenommen. Das zeigt, dass das Forum bis heute für viele Nicht-Regierungs-Organisationen, die in der Menschenrechtsarbeit aktiv sind, als wichtiger Bezugspunkt wahrgenommen wird. Bei ca. 50 Mitgliedern, einer als minimalistisch zu bezeichnenden Sekretariats- und Geschäftsstellenstruktur und sehr begrenzter finanzieller Ausstattung sowie einem in hohem Maß auf Freiwilligkeit beruhenden Engagement der Mitglieder (neben ihrer eigentlichen Tätigkeit in ihren Organisationen nicht nur im Ko-Kreis sondern auch in den AGs oder bei Einzelaufgaben, wie beispielweise der Kassenprüfung) hat sich der Ko-Kreis nach Eingang weiterer Aufnahmeanträge 2011 allerdings die Frage gestellt, was ein solches Wachstum für das Forum bedeutet, ob es innerhalb der bestehenden Strukturen verkraftbar ist und in welcher Weise die Aufnahmekriterien erweitert oder geändert werden sollten. Aus diesem Grund haben wir die Frage, wie und wohin sich das Forum langfristig entwickeln soll und muss auf die Tagesordnung der Klausur im Januar 2012 gesetzt.

Unsere Diskussion dazu kann aber nicht losgelöst werden von der Frage, wo wir für die Zukunft – bald 20 Jahre nach der Wiener Menschenrechtskonferenz, die ja ein entscheidender Auslöser für die Gründung des Forum war – die Herausforderungen und Aufgaben für ein Forum Menschenrechte sehen. Damit werden wir uns ebenfalls eingehend befassen.

Als Ko-Kreis bedauern wir es, dass zum ersten Mal in der Geschichte des Forums ein Ausschlussverfahren gegen eine Organisation eingeleitet wurde. Auch diese Frage wird uns im Rahmen der Klausur im Januar 2012 beschäftigen.

Danken möchten wir der Leiterin unserer Geschäftsstelle, Beate Ziegler für ihre Unterstützung und Arbeit, ohne die das Forum nicht handlungsfähig ist. Zu nennen ist hier ausdrücklich der Info-Service, mit dem die Mitglieder über alles, was sich in Sachen Menschenrechte tut, auf dem Laufenden gehalten werden.

Danken möchten wir ebenfalls Theodor Rathgeber, der unsere Anliegen gegenüber dem Menschenrechtsrat der VN in Genf vertritt und dort wie in Berlin als Gesicht des Forums bestens bekannt ist.

Danken möchten wir ferner Hartmut Schönknecht, der viele Jahre den LSVD im Forum vertreten und sich im Dezember 2011 von uns verabschiedet hat. Hartmut Schönknecht hat über viele Jahre die Kassenprüfung wahrgenommen.

AKTIVITÄTEN 2011

PUBLIKATIONEN

Materialien Nr. 38: Jahresbericht 2010 (nur elektronisch verfügbar)

Stellungnahmen

Dezember 2011:: Halbzeitbilanz zur Menschenrechtspolitik der Bundesregierung „Für eine glaubwürdige und transparente Menschenrechtspolitik“ (nur elektronisch verfügbar)

Pressemitteilungen

- 21.01.2011 „Vernetzte Sicherheit“-Fallstricke für die Menschenrechte.
- 24.05.2011 Forum Menschenrechte begrüßt das neue Menschenrechtskonzept des BMZ.
- 24.05.2011 Chance für einen stärkeren Menschenrechtsschutz – Die neuen OECD-Leitlinien zur Unternehmensverantwortung.
- 15.06.2011 Forum Menschenrechte empfiehlt mehr Menschenrechtsbildung für Erzieherinnen und Erzieher (zur Publikation der Broschüre „Menschenrechte und frühkindliche Bildung in Deutschland“)
- 09.09.2011 Sicherheit und Freiheit sind seit 9/11 gefährdeter denn je.
- 06.10.2011 Rüstungsverkäufe an Staaten, die Menschenrechte verletzen, machen deutsche Menschenrechtspolitik unglaubwürdig (zu einem Gespräch des Forums mit Außenminister Westerwelle.
- 08.12.2011 Forum Menschenrechte zieht Bilanz nach der Hälfte der Legislaturperiode (zur Veröffentlichung der Halbzeitbilanz).
-

Berichte von der Arbeit des UN-Menschenrechtsrates

- März 2011: Bericht von der 16. Sitzungsperiode (März 2010).
- Juli 2011: Bericht von der 17. Sitzungsperiode (Juni 2010).
- Nov. 2011: Bericht von der 18. Sitzungsperiode (Oktober 2010)..
-

POLITISCHE GESPRÄCHE

Ganzjährig	regelmäßige Teilnahme am Gesprächskreis Menschenrechte des SPD-Bundesvorstandes
Ganzjährig	Beobachtung UN-Menschenrechtsrat in Genf inkl. Gespräche mit VertreterInnen der deutschen Delegation beim MRR (AG MRR).
23.02.2011	Gespräch mit Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (KoKreis)
20.06.2011	Gespräch mit Innenminister Friedrich (KoKreis)
06./07.07.2011	Politische Gespräche in Straßburg (EP, EGMR, Gesamtforum)
06.10.2011	Gespräch mit Außenminister Westerwelle (Gesamtforum).

Anlässlich des Gesprächs im Auswärtigen Amt wurden dem Minister Aide Memoires zu verschiedenen Ländern und Themen überreicht.

Die politischen Gespräche von Arbeitsgruppen des Forums werden in den Berichten der Arbeitsgruppen (s.u.) aufgeführt

VERANSTALTUNGEN / KONFERENZEN / WORKSHOPS / FACHGESPRÄCHE

06./07.10.2011	Veranstaltung zum Review-Prozess des UN-Menschenrechtsrates in Genf in Zusammenarbeit mit DIMR und FES.
08.12.2011	Pressekonferenz zur Veröffentlichung der Halbzeitbilanz.

INTERNE VERANSTALTUNGEN

20.-22.01.2011	Jahresklausur des FMR in Schmerlenbach. -Schwerpunkt: 10 Jahre 9/11
12.04.2011	Plenum in Berlin -Schwerpunkt: Arabischer Frühling – Anforderungen an die deutsche und europäische Nahostpolitik.
07.07.2011	Straßburg-Reise
06.10.2011	Plenum in Berlin - Schwerpunkt: Halbzeitbilanz 17. Legislaturperiode. -

BERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN

Der Dank für die Erstellung der jeweiligen Jahresberichte gebührt den AG-SprecherInnen.

AG ANTIRASSISMUS

Aktive Mitglieder: Amnesty International, Deutsche UNESCO-Kommission, Diakonisches Werk der EKD, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, sowie mehrere Mitglieder des Forum auf einem Informationsverteiler; sowie als Gäste Internationale Liga für Menschenrechte (Austritt aus dem Forum Sommer 2010), RAXEN und das DIMR

Sitzungen: im Rahmen der Klausur 2011; 26. Januar, 5. September und 20. Oktober (als Telefonkonferenz).

Sprecher: Johannes Brandstätter (Diakonisches Werk der EKD, kommissarisch)

Themen und Aktivitäten der AG 2011

Strafschärfung rassistischer Beweggründe in § 46 StGB (und Hate Crimes)

Die AG (in toto bzw. über einzelne Mitglieder) hatte einen Beitrag zu einem führenden juristischen Fachmedium geplant und einen Fachtag für mehr Unterstützung für das Anliegen in der Fachwelt. Eine vorläufige Teilnehmerliste stand bereits. Die Planungen konnten 2011 mangels hinreichender Arbeitskapazitäten nicht umgesetzt werden.

Forum gegen Rassismus

Das Forum gegen Rassismus ist eine seit dem EU-Jahr gegen Rassismus 1997 bestehende Plattform von Regierungsstellen und gesellschaftlichen Organisationen, deren Geschäftsführung beim BMI liegt. Der AG-Sprecher vertrat dort die zivilgesellschaftlichen Positionen zu den Unzulänglichkeiten des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus. Es wurde eine Kleingruppe mit dem Entwurf für eine Grundsatzerklärung gegen Rassismus betraut. Ziel ist dabei, zu einem besseren fachlichen Verständnis von rassistischer Diskriminierung im Sprachgebrauch der Bundesregierung (Nationaler Aktionsplan; Staatenberichterstattung ICERD) zu kommen.

Halbjahresbilanz des Forums Menschenrechte zur Legislaturperiode

Die AG brachte im August ihre Inputs in den Bericht mit ein. Die negativen Auswirkungen der Sarrazin-Debatte haben aus Sicht der AG leider nur ungenügenden Niederschlag gefunden.

Positionspapier des FMR zum Begriff „Rasse“ in Artikel 3 des Grundgesetzes von Ende 2010

Auf das Positionspapier zu Artikel 3 GG hat zwar die Justizministerin, aber noch nicht die Fraktionen des BT geantwortet.

Parallelberichterstattung UN-Antirassismuskonvention

Im Jahr 2012 steht turnusgemäß der Staatenbericht Deutschlands zur UN-Antirassismuskonvention (ICERD) an; er wird voraussichtlich Ende 2013 / Mitte 2014 in Genf verhandelt. Das Forum Menschenrechte dürfte daran interessiert sein, dass erneut ein Parallel-Bericht erstellt wird. Im Diakonischen Werk der EKD stehen dafür Ressourcen für einen Zeitraum Mitte 2012 bis 2014 zur Verfügung.

Strafschärfung rassistischer Beweggründe in § 46 StGB: Ein Arbeitsprogramm anknüpfend an die für 2011 geplanten aber nicht umgesetzten Aktivitäten wurde aufgesetzt.

Änderung Artikel 3 GG

Die AG erwartet, dass dieses Ziel langfristig zu verfolgen sein wird.

Die Aktivitäten des **Forums gegen Rassismus** sollen weiter begleitet werden.

AG ENTWICKLUNG/WIRTSCHAFT

Mitglieder im Berichtszeitraum: Misereor, Justitia et Pax, ECCHR, Germanwatch, Brot für die Welt, Nürnberger Menschenrechtszentrum, Amnesty International, FES, FIAN, terre des hommes, ATD

Sprecherinnen: Katharina Spieß (bis Juni 2011), Amnesty International

Ute Hausmann, FIAN Deutschland

Julia Duchrow (kommissarisch ab Juni 2011) , Brot für die Welt

Zielsetzung der AG Entwicklung/Wirtschaft

Die AG setzt sich dafür ein,

dass sich die internationale Zusammenarbeit Deutschlands stärker an den Menschenrechten ausrichtet; entsprechende Forderungen beziehen sich auf unterschiedliche Politikfelder, von der Außen- und Entwicklungspolitik über die Außenwirtschafts- und Handelspolitik bis hin zur Energie- und Umweltpolitik - und umfassen auch das Handeln der Regierungen in internationalen Organisationen und bei der Aushandlung völkerrechtlicher Abkommen;

- dass internationale Organisationen - wie die Weltbank, WTO oder FAO - stärker an Menschenrechtsstandards gebunden werden;
- dass Wirtschaftsunternehmen innerhalb ihres Tätigkeits- und Einflussbereichs menschenrechtliche Verantwortung übernehmen und ihnen national wie international effektive Regeln auferlegt werden;
- dass VerteidigerInnen von Menschenrechten, auch der wsk-Rechte, vor staatlicher und nicht-staatlicher Diffamierung, Kriminalisierung und Verfolgung geschützt werden.

Im Vordergrund der Arbeit der AG stehen die Achtung, der Schutz und die Gewährleistung aller Menschenrechte, auch und gerade der lange Zeit vernachlässigten wsk-Rechte wie etwa die Rechte auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit in formeller und informeller Wirtschaft, Ernährung, angemessenes Wohnen, Wasser und Sanitärversorgung, Gesundheit und Bildung.

Es ist ein Anliegen der AG, dass gerade in Entwicklungsländern benachteiligte und ausgegrenzte Menschen darin unterstützt werden, ihre sozialen Menschenrechte einzufordern und gesellschaftspolitische Entscheidungsprozesse aktiv mitzugestalten. Auch sollen sich die Staaten und die Staatengemeinschaft zu ihrer menschenrechtlichen Verantwortung bekennen und ihren völkerrechtlichen Pflichten nachkommen. Ausgangs- und Bezugspunkt für die wsk-Rechte sind hierbei völkerrechtlich verbindliche Abkommen.

Die AG beobachtet kritisch, inwiefern die Politik Deutschlands im Einklang mit völkerrechtlichen Verträgen und den darin verankerten menschenrechtlichen Prinzipien und Pflichten steht. Sie sucht zu diesem Zweck den Dialog mit der Regierung und dem Bundestag und stellt Forderungen an die Politik, national wie international alle Menschenrechte, auch die wsk-Rechte, zu achten, zu schützen und zu gewährleisten. Weiterhin setzt sich die AG für den Ausbau der internationalen Mechanismen zum Schutz der wsk-Rechte ein und bemüht sich, das öffentliche Bewusstsein, für diese Rechte zu stärken.

Schließlich beteiligt sich die AG an der nationalen und internationalen Diskussion um die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen und fordert effektive Regeln, die unternehmerisches Handeln an Menschenrechte binden.

Tätigkeiten

Menschenrechtskonzept des BMZ in der EZ

Wie in der Vergangenheit auch pflegte die AG im Jahr 2011 das Gespräch mit dem BMZ, insbesondere zum Menschenrechtskonzept des BMZ, welches im Mai der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Das BMZ hatte zuvor zahlreichen Nichtregierungsorganisationen die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben, was einige Mitgliedsorganisationen des Forums wahrgenommen haben. Im März hatte das BMZ darüber hinaus viele Nichtregierungsorganisationen, darunter auch die Mitglieder der AG, eingeladen, ihre Kommentierungen zum Entwurf des Menschenrechtskonzeptes darzustellen. Einige Anregungen der Organisationen wurden in das gelungene Konzept aufgenommen. Die AG Mitglieder stellten in ihren Stellungnahmen und Bewertungen fest, dass das als positiv bewertete Konzept den Menschenrechtsschutz durch die Bundesregierung nur wirklich effektiv verbessern kann, wenn das Konzept zu einer kohärenten Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik führt, die Menschenrechte beachtet.

Dazu traf sich die AG im Oktober mit der Leiterin des Referats Menschenrechte Steinke und der Menschenrechtsreferentin Foljanty.

Broschüre zu Menschenrechtsverletzungen an Menschenrechtsverteidigern, die sich für den verbesserten Schutz von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten arbeiten

Mit einer Untergruppe wurde 2011 an einer Broschüre über die Situation von Menschenrechtsverteidigern gearbeitet, die sich gegen Verletzungen der wirtschaftlich, sozialen und kulturellen Rechte in ihren Ländern einsetzen. Verschiedene Organisationen trugen Beispiele bei, die derzeit redaktionell überarbeitet und zusammengestellt werden.

Rohstoffpolitik und Menschenrechte

Einige der in der AG zusammenarbeitenden Organisationen arbeiteten intensiv zu den menschenrechtlichen Implikationen der Rohstoffpolitik der Bundesregierung. Ein Aide Mémoire zur Rohstoffpolitik der Bundesregierung wurde im Oktober vorgestellt.

Revision der OECD-Leitsätze

Am 25. Mai 2011 wurde eine neue Fassung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verabschiedet. Einige Mitgliedsorganisationen der AG veranstalteten im Juni 2011 ein parlamentarisches Fachgespräch, in dem das Potential der revidierten Leitsätze für die weltweite Unternehmensverantwortung dargestellt und diskutiert wurde, welche Herausforderungen und Optionen es für die Umsetzung der Leitsätze in Deutschland gibt.

Menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen

Im November 2011 organisierten einige Mitglieder der AG eine international besetzte Tagung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Alles was Recht ist – Menschen-Staaten-Unternehmen“. Die Tagung thematisierte u.a. die Bedeutung der „UN Guiding Principles for Business and Human Rights“ und Möglichkeiten, Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen haftbar zu machen.

Darüber hinaus erstellten einige Mitglieder der AG im Oktober ein Aide Mémoire zu Menschenrechten und Wirtschaft anlässlich des Treffens des Forums mit Außenminister Westerwelle..

AG FRAUENRECHTE

Mitglieder im Berichtszeitraum:

Amnesty International, Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess (KOK), Deutscher Frauenrat, ECCHR, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF), Pax Christi, pro familia, TERRE DES FEMMES – Menschenrechte für die Frau.

Zudem bei zwei Sitzungen als Gast zum Thema Zwangsverheiratung, Heraufsetzung von Ehebestandszeiten, Menschenhandel Sybille Schreiber Fachbereichsleitung TERRE DES FEMMES (AG Innen des Forums).

Sprecherin: Regina Kalthegener (TERRE DES FEMMES)

Treffen AG Frauenrechte in 2011

21. Januar anlässlich der Jahresklausur in Schmerlenbach

01. März in Berlin

09. Juni in Berlin

05. Oktober in Berlin

Arbeitsschwerpunkte waren

- Zwangsverheiratungsbekämpfungsgesetz, Lobbying zur Verhinderung der Erhöhung der Ehebestandszeiten von zwei auf drei Jahre und der Verbesserung der Rückkehrrechte.
- Beobachtung des stagnierenden Gesetzgebungsverfahrensprozesses zur Strafbarkeit von Genitalverstümmelung.
- Menschenrechte / Frauenrechte in Integrationskursen: Vorläufige abschließende Beurteilung des Sachstandes Berücksichtigung frauenspezifischer Inhalte in Unterrichtsmaterialien für Integrations- und Sprachkursen. Die Thematik kann bei aktuellem Anlass in 2012 erneut Gegenstand der AG-Arbeit werden.
- UN Resolution 1325 Jubiläum Aktivitäten: Mangels zeitlicher, personeller und finanzieller Kapazitäten konnte die AG keine eigene Veranstaltung durchführen.
- Entwicklung von Opfer schützenden Maßnahmen zu Menschenhandel: Die deutsche Ratifizierung der Europaratkonvention zu Opfern von Menschenhandel verzögerte sich weiterhin.
- Halbzeitbilanz des Forums

Teilnahme von AG Frauen an politischen Gesprächen und BT-Anhörung:

- 14.03.2011 Öffentliche Anhörung BT Innenausschuss Zwangsverheiratungsbekämpfungsgesetz (Regina Kalthegener für TDF als Sachverständige, Claudia Rabe)

Geplante Treffen der AG in 2012 jeweils in Berlin (vorbehaltlich Änderungen)

- Freitag, den 20.01.2012 nachmittags bei der Jahresklausur in Schmerlenbach
- Donnerstag, den 23.02.2012, 14 – 17 Uhr (geplant: Einladung von Frau Roeseler, Referatsleiterin bei der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration zu einem Gespräch über die verschiedenen Aspekten rund um den § 31 AufenthG).
- Mittwoch, den 13.06.2012, 15 – 18h
- Montag, den 01.10.2012, 15 – 18h

Arbeitsplanung 2012:

- Gespräch mit BT Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend (weitere Planung bei Jahresklausur und Treffen am 23.02.2012)

Mitglieder im Berichtszeitraum: Aktion Courage, Amnesty International, BAFF, BAG Asyl in der Kirche, BUMF, Deutscher Frauenrat, DGB, Diakonisches Werk der EKD, EKD, Humanistische Union, iaf, IPPNW, KOK, PRO ASYL, TERRE DES FEMMES.

Sprecher: Günter Burkhardt (PRO ASYL).

Die AG Innen hatte im Jahr 2011 folgende Schwerpunkte:

- **Erhöhung der Ehebestandszeit/Einschränkungen beim Familiennachzug:**
Dieses Thema wurde sowohl vom KoKreis in Lobbygesprächen mit dem Bundesjustizministerium als auch in Lobbygesprächen der AG Innen mit Abgeordneten angesprochen. Trotz des herausgearbeiteten Widerspruchs zum EuGH-Urteil vom 9.12.2010 hatte die Lobbyarbeit an dieser Stelle zunächst keinen Erfolg.
- **Kinderrechtskonvention:** Die z.T. bei anderen Arbeitsgruppen des Forums erarbeiteten Positionen wurden in Lobbygespräche eingebracht, so im Gespräch mit Abgeordneten des Innenausschusses, des Menschenrechtsausschusses, dem BMI und dem BMJ. In 2012 muss die Kampagnenarbeit im Hinblick auf die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland und diesbezüglichen Änderungen des Aufenthaltsgesetzes weitergehen.
- **Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete:** Auch dieses Thema wurde wiederholt thematisiert und wird auch 2012 ein Schwerpunkt sein.
- **Resettlement Programm:** Dieses Thema wurde ebenfalls in Lobbygesprächen mit Parlament und Regierung eingebracht. Der Beschluss der Innenministerkonferenz, strukturell in ein Resettlement-Programm einzusteigen, ist positiv und ein Erfolg. Die beschlossene Zahl von 300 pro Jahr sowie die Rechtstellung sind nicht ausreichend.
- **Umsetzung der Grundsatzentscheidung des EGMR vom 21. Dezember 2011 in Deutschland.**
In verschiedenen Lobbyaktivitäten ist es bislang nicht gelungen, die Bundesregierung zu rechtlichen Folgerungen einer aus der Entscheidung des EGMR in Sachen MSS zu bewegen. Die Grundsatzentscheidung des EuGH vom 21. Dezember 2011 ist unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten von noch größerer Bedeutung, da die Rechtsprechung des EuGH zwingend von den Mitgliedstaaten zu beachten ist. Lobbyaktivitäten im Hinblick auf die Einführung eines effektiven Rechtsschutzes bei Dublin-Überstellungen sollen in 2012 verstärkt werden.
- **Auslaufen des Überstellungsstopps in Sachen Dublin II nach Griechenland:** Auch dies war ein Schwerpunkt der Lobbyaktivitäten und auch in den Gesprächen mit dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages. Wichtig für die Erreichung einer einjährigen Verlängerung des Abschiebestopps war es, dass Abgeordnete des Deutschen Bundestages, mit präzisen Informationen versorgt, Anfang September sich selbst ein Bild über die Lage in Griechenland machten.
- **Aktionsplan gegen Rassismus:** Verschiedene Vorstöße, sich im GG für eine Streichung des Begriffs Rasse einzusetzen, stießen bislang auf kein Gehör. Es ist nicht nur stärker repressiv gegen Rechtsextremisten und rechte Gewalt vorzugehen, die Zivilgesellschaft muss insgesamt gestärkt werden, ein wirklicher Aktionsplan gegen Rassismus erarbeitet und umgesetzt werden.

- Menschenrechte an den Grenzen Europas: Sowohl in Gesprächen mit dem BMJ, dem BMI als auch dem Deutschen Bundestag, wurde die problematische Struktur der europäischen Grenzagentur Frontex thematisiert. Menschenrechtliche Defizite wurden angemahnt.
- Terrorismusbekämpfungsgesetz, Einführung einer Datenagentur auf EU-Ebene: Auch hier wurden die grundsätzlichen Bedenken in verschiedenen Lobbygesprächen vorgebracht.
- Antifolterausschuss des Europarates: Mitgliedsorganisation des Forums haben Stellung bezogen. Im Jahr 2012 sind Empfehlungen und Folgerungen in Deutschland umzusetzen.
- Armut und Ausgrenzung durch das sog. Asylbewerberleistungsgesetz: Auch dieses Thema wurde thematisiert, jedoch weitgehend bislang ohne Erfolg. Die Bundesregierung scheint das Thema bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts auszusitzen.

Diese Auswahl macht deutlich, dass es äußerst schwierig ist, im Bereich Innenpolitik mit menschenrechtlichen Argumentationen Gehör zu finden. An einigen Stellen gelangen Erfolge – bei anderen gilt es das Thema auf der politischen Tagesordnung zu halten, nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“.

AG KINDERRECHTE

Mitglieder im Berichtszeitraum: , Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge, Human Rights Watch, IPPNW, Kindernothilfe, PRO ASYL, terre des hommes, **mit Gaststatus:** Kirsten Schweder (National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention), Albert Riedelsheimer (separated children), Aktion Courage

Sprecherin: Barbara Dünnweller (Kindernothilfe)

Mandat

Die AG Kinderrechte bringt kinderrechtsrelevante Themen (national und international) in das Forum ein, stellt Bezüge und Arbeitszusammenhänge zu anderen Arbeitsgruppen des Forums soweit als möglich her. Schwerpunkt der Arbeit ist die Entwicklung von Forderungen an die deutsche Politik, die sich auf die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention beziehen. Übergeordnetes Ziel ist es, auf die Erfüllung der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland zu drängen, die sich aus diesem Übereinkommen ergeben. Die AG Kinderrechte pflegt eine enge Kooperation mit der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland.

Aktivitäten

Die AG ist durch den Start der Kampagne „Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder“ am 1. Juni 2011 in die Kampagnen-Struktur eingegliedert worden, da die meisten AG-Mitglieder in der Ko-Gruppe der Kampagne (Steuerung) mitwirken. Es hat Treffen am 19.1., 23.3., 25.5., 13.7. sowie 12.10.2011 gegeben und Telefonkonferenzen am 1.2., 24.2., 17.3., 8.4., 10.5., 28.6., 8.11. und 29.11.2011.

Folgende Themen standen 2011 auf der Agenda der AG:

- Individualbeschwerde für die Kinderrechtskonvention: Lobbyarbeit und Begleitung der Verhandlungen Fakultativprotokoll
- Kampagne „Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder!“ als Schwerpunkt, da von der AG Kinderrechte initiiert.

Individualbeschwerde

Am 19. Dezember 2011 wurde das dritte Zusatzprotokoll (OP) zum UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes mit einem Individualbeschwerdeverfahren von der UN-Generalversammlung verabschiedet, was als ein großer Erfolg gewertet werden kann. Das OP wird 2012 zur Unterzeichnung und Ratifizierung geöffnet. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest. Es laufen Bemühungen, dass die Eröffnungszeremonie schon im März stattfindet.

Kampagne „Jetzt erst Recht(e) für Flüchtlingskinder!“

Die Kampagne wurde am 1. Juni 2011 gestartet. Über 40 Organisationen und Verbände haben sich als Träger angeschlossen, zuletzt die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) und das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“. Zum Auftakt fand in Berlin eine Pressekonferenz statt zusammen mit dem Schirmherrn Prof. Dr. Lothar Krappmann, ehemals Mitglied des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes.

Von Seiten der Träger gab es im Berichtsjahr vielfältige Aktionen und Aktivitäten. Einige Beispiele:

- Online-Appell von campact: Kinderrechte kennen keine Herkunft!
- Fachforum der National Coalition im Juni 2011 in Stuttgart im Rahmen des 14. Kinder- und Jugendhilfetages: Kinderrechte ohne Vorbehalte?! - Was nun?
- GRIPS-Theater, mehrere Termine zum Thema Flucht/Flüchtlinge
- BUMF: Fachtag zur Situation von UMF im Juni 2011
- Außerdem stellten die meisten Träger die Kampagne auf ihren Webseiten und ihren Publikationen vor. Das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ z.B. legten den Flyer der Kampagne in 12.000 Exemplaren ihrer Publikation bei.

Darüber hinaus gab es Presseaktivitäten der Kampagne insgesamt sowie von einzelnen Trägern, z.B. aus Anlass des Weltkindertages am 20. September.

Eine Lobbygruppe innerhalb der Kampagne startete eine Briefaktion an Parlamentarier und relevante Ministerien. Bisher gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, dass sich die geforderten gesetzlichen Anpassungen oder praktischen Veränderungen im Umgang mit Flüchtlingskindern anbahnen. Beim Kampagnentreffen am 2. Februar 2012 in Frankfurt soll geklärt werden, wie der Druck auf die Politik erhöht werden kann. Außerdem soll ein Beschluss gefasst wer-

den zur Verlängerung der Kampagne, die zunächst für ein Jahr konzipiert war. Für Juni 2012 ist eine größere öffentlichkeitswirksame Veranstaltung in Berlin geplant.

Weitere Infos zur Kampagne: www.jetzterrechte.de

Planung 2012

Vorbehaltlich einer Abstimmung der Aktivitäten auf der Plenumsitzung des Forums im Januar 2012 stehen folgende Themen schwerpunktmäßig auf der Agenda der AG:

1. Kampagne „Jetzt erst Rechte(e) für Flüchtlingskinder!“
2. Unterstützung der Ratifizierungskampagne zum 3. OP Kinderrechtskonvention

Termin der AG bzw. der Kampagne im neuen Jahr: 1. Treffen am 2. Februar 2012 in Frankfurt.

AG MENSCHENRECHTSBILDUNG

Mitglieder im Berichtszeitraum: ACAT, Amnesty International, Deutsche UNESCO-Kommission, Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í in Deutschland

Sprecher: Peter Amsler (Bahá'í)

Aktivitäten:

Das Projekt „Menschenrechte und frühkindliche Bildung“ kam 2011 zum Abschluss seiner ersten Phase. So wurde im Juli 2011 eine gedruckte Version der 80-seitigen Broschüre mit Empfehlungen an die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern in einer Auflage von 1.000 Stück gedruckt. Finanziert wurde der Druck in Höhe von etwas weniger als 2.000 EUR durch das Forum Menschenrechte.

Von Juli bis August 2011 erfolgte in Etappen der Versand durch die Deutsche UNESCO-Kommission in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Geistigen Rat der Bahá'í in Deutschland an rund 300 Akteure in der Aus- und Fortbildung, in Politik und Zivilgesellschaft. Zudem wurden Autorinnen/Autoren beauftragt, eine Rezension zu erarbeiten. Diese wurde an rund 40 Fachzeitschriften verschickt.

Im Oktober 2011, zu Beginn der zweiten Phase des Projekts, begann die AG damit, die Empfänger der Broschüre sowie der Rezension wegen möglichen Menschenrechtstrainings direkt anzusprechen.

Im Berichtszeitraum traf sich die Arbeitsgemeinschaft zwei Mal, und zwar am 7. April 2011 und am 21. November 2011, jeweils in Frankfurt am Main. Das nächste Treffen findet am 19. Januar 2012 am Rande der Jahrestagung des Forums Menschenrechte in Schmerlenbach bei Aschaffenburg statt.

AG RELIGIONSFREIHEIT (NEU)

Mitglieder im Berichtszeitraum: Nationales Geistiges Zentrum der Bahá'í, Nürnberger Menschenrechtszentrum, TERRE DES FEMMES, Deutsche Kommission Justitia et Pax, EKD-Kirchenamt, Humanistische Union, VEM, missio Aachen, Dr. Theodor Rathgeber, KAS, Misereor.

Sprecher: Dr. Daniel Legutke (Deutsche Kommission Justitia et Pax)

Die AG kam im Berichtszeitraum zu drei regulären Sitzungen (am 21. Januar, 12. April und 6. Oktober 2011) zusammen, jeweils am Rande von Plenumsitzungen. Ziel der Sitzungen des ersten Jahres der AG war vor allem, die Anliegen und Erwartungen von AG Mitgliedern zu sondieren und einen informellen Gesprächsraum zu bieten.

In der letzten Sitzung wurde das Vorhaben diskutiert, am Rande der Sitzung des UN MRR auf eine zu erwartende Resolution „Diffamierung von Religionen“ mit einem Side- oder Presessional Event zu reagieren. Zentral könnte dabei die Auseinandersetzung bzw. die jeweils und nur konkret aus zu balancierende Gewichtung zwischen dem Recht auf Meinungsfreiheit, der sanktionierten Aufstachelung zu religiösen Hass und den sog. Blasphemiegesetzen (auch) europäischer Länder stehen.

AG AUßEN/UN-MRR

Mitglieder im Berichtszeitraum: Amnesty International, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Deutsches Rotes Kreuz, Forum Menschenrechte (Theodor Rathgeber), Friedrich Ebert Stiftung, IGFM, Kindernothilfe, Lesben- und Schwulenverband in Deutschland, Justitia et Pax, pbi, Vereinte Evangelische Mission,

Sprecher: Dr. Jochen Motte (VEM)

Aktivitäten:

Ziel der AG war die Vorbereitung und Begleitung der Sitzungen des MRR sowie verschiedener universal periodic reviews (UPR), die Vorbereitung von Gesprächen mit der deutschen Delegation vor und während des MRR, die Beauftragung eines Beobachters des MRR für das Forum Menschenrechte sowie die Begleitung und Auswertung seiner Arbeit.

Wie in den vorangegangenen Jahren hat Dr. Theodor Rathgeber die Beobachtung des MRR, die aktive Lobbyarbeit und Durchführung von „Side Events“ während der Sitzungen des MRR sowie die Koordination der Gesprächskontakte mit der deutschen Delegation und dem Menschenrechtsbeauftragten in Genf für das Forum wahrgenommen. Die schriftlichen Ausarbeitungen finden sich auf der Website des Forums.

Im Zusammenhang mit dem MRR und anderen außenpolitischen Fragen haben Mitglieder der AG Gespräche geführt mit Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, dem Beauftragten für Menschenrechte der Bundesregierung, Markus Löning, Mitgliedern der Delegation der Bundesregierung beim MRR, des Menschenrechtsreferates und der Abteilung VN im AA.

Mitglieder der AG waren darüber hinaus beteiligt an der Anhörung des Ausschusses Menschenrechte und Humanitäre Hilfe zum Menschenrechtsbericht der Bundesregierung am 27. Januar 2011 sowie an der Anhörung des Unterausschusses Zivile Krisenprävention am 14. März 2011.

Die AG war in Kooperation mit dem Ko-Kreis beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung des Gespräches mit Außenminister Westerwelle im Auswärtigen Amt am 6. Oktober 2011 und dem Menschenrechtsbeauftragten Markus Löning.

Die AG hat im vergangenen Jahr dreimal getagt. Mitglieder der AG haben unter Federführung von Theodor Rathgeber in Kooperation mit Britta Utz für die Friedrich Ebert Stiftung und dem Deutschen Institut für Menschenrechte am 6. und 7. Oktober 2011 eine internationale Tagung in Genf geplant und durchgeführt, um Folgerungen für die weitere Arbeit des Menschenrechtsrates im Anschluss an die Ergebnisse des 'Review Prozesses' zu diskutieren.

WEITERARBEIT IN 2012

Die AGs des FORUM MENSCHENRECHTE legen jeweils eine umfassende Jahresplanung vor. Daraus ergeben sich folgende thematische Schwerpunkte der Arbeit des FORUM MENSCHENRECHTE in 2012:

- Evaluierung der Arbeit des UN-Menschenrechtsrates.
- Vorbereitung der Überprüfung Deutschlands im 2. Zyklus des UPR-Verfahrens.
- Recht auf informationelle Selbstbestimmung.
- Asyl: Situation der langjährig Geduldeten (Bleiberechtsregelung) und Asylbewerberleistungsgesetz.
- Menschenrechte an den Außengrenzen der EU.
- CAT-Bericht.
- Umsetzung von Menschenrechtsabkommen in Deutschland, insbesondere Fortsetzung der Kampagne zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention nach Rücknahme der Vorbehalte und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland.
- Individualbeschwerdeverfahren für WSK-Rechte (Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum wsk-Pakt).
- Menschenrechtskonzept des BMZ
- Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung
- Häusliche Gewalt
- Positionierung zu Rassismus und „Hassverbrechen“.

ANHANG: Mitgliedsorganisationen 2011

AGDF/pbi (Peace Brigades International)

Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter (ACAT)

Amnesty International, deutsche Sektion

ATD-Vierte Welt

Bundesfachverband Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (b-umf))

Bundesweite AG der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e. V. (BAFF))

„Deutsche Gesellschaft“ e.V.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

Deutsche UNESCO-Kommission

Deutscher Frauenrat

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Diakonisches Werk der EKD/Brot für die Welt

European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)

FIAN Deutschland e.V.(Food First Informations- und Aktionsnetzwerk)

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES))

Friedrich-Naumann-Stiftung-für die Freiheit (FNF))

Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen (GMS)

Germanwatch

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV))

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM)

Heinrich-Böll-Stiftung (HBS)

Humanistische Union, vereinigt mit der Gustav-Heinemann-Initiative (HU)

Human Rights Watch (HRW)

Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (isl e.V.)

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF)

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

IPPNW – Deutsche Sektion der internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.

Justitia et Pax (Deutsche Kommission)

Kindernothilfe (KNH)

KOK (Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen in Migrationsprozessen)

Kommission für Menschenrechte des Anwalts- und Richterverein Freiburg

Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)

medica mondiale

Misereor

Missio Aachen

Missio München

Missionszentrale der Franziskaner (MZF)

Nationaler Geistiger Rat der Baha'i e.V.

Nürnberger Menschenrechtszentrum

Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“

Pax Christi – internationale katholische Friedensbewegung, Deutsches Sekretariat

Pro ASYL

pro familia

Reporter ohne Grenzen (ROG)

TERRE DES FEMMES

terre des hommes Deutschland (tdh)

Vereinte Evangelische Mission (VEM)

Gäste:

Deutsches Rotes Kreuz (DRK)

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)